

Archiv

(Bestand der Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

30. Juli 1964

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XIX/143

Bonn, den 30. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Erhards Pyrrhussieg

57

Zur letzten Sondersitzung des Bundestages

2

Ladenhüter als Bestseller

42

"Neues Deutschland" und die Abrüstung

3

Wenig Chancen für Frankreichs "Mitte"

32

"Sammlungsbewegungen" bisher ohne sichtbares Ergebnis

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

4 - 5

Genfer Abrüstungskonferenz

79

in einem bedeutsamen Stadium

Tauziehen um die NLF

Von Pierre Simcnitsch, Genf

* * * * *

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 - Redaktion: (2 18 31/32) - Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

30. Juli 1964

Erhards Pyrrhussieg

Zur Sondersitzung des Bundestages.

Am 1. August dieses Jahres werden die Benutzer von Telefon und Fernschreiber bis zu 150 Prozent höhere Gebühren zu entrichten haben. Preistreibende Wirkungen sind nun unvermeidlich. Diese zu verhindern, war der Sinn des sozialdemokratischen Antrages auf der Sondersitzung des Bundestages, das Defizit der Bundespost aus anderen Quellen zu decken.

Kein Vorgang in der letzten Zeit hat die deutsche Öffentlichkeit so erregt wie die hinter dem Rücken des Parlaments von der Regierung verfügte Geböhrenerhöhung. Es gab Proteste von allen Seiten. Am empfindlichsten getroffen sind die Klein- und Mittelbetriebe, aber auch jene Menschen, denen das Gespräch über das Telefon die einzige Verbindung zu ihren Mitmenschen ist.

Die Regierung Erhard errang einen Pyrrhussieg, der nur unter Anwendung des stärksten Druckes zustande kam. Der Preis für diesen fragwürdigen Sieg ist allerdings hoch. Er geht vor allem auf Kosten der Glaubwürdigkeit der Regierung und der sie tragenden Koalitionsparteien. Erhard hat von nun an die moralische Legitimation verloren; seine Rolle als Wächter der Preisstabilität weiter zu spielen. Wer wie er ein schlechtes Beispiel gibt, gleicht dem Mann, der Wasser für die anderen, für sich selbst aber den Wein bevorzugt. Der von ihm gesprochene gefährliche Satz von der "Dolchstoßlegende" war so recht bezeichnend für die innere Verfassung eines Mannes, für den nach außen hin feierlich proklamierte Grundsätze nicht allzu viel gelten und dessen stets zur Schau getragene Bismarck-Figur nun erheblich ramponiert sein dürfte.

Eigentlich hätte Bundespostminister Stücklen noch am gleichen Tag zurücktreten müssen. Seine Amtsführung ist eine Kette von Versäumnissen und Unzulänglichkeiten. Aber Ministerentlassungen wegen erwiesener Unfähigkeit oder Nachlässigkeit in Amt ge-

30. Juli 1964

hören eben nicht zu den Gepflogenheiten einer CDU-geführten Bundesregierung.

Die FDP, um ihren Wählerstamm bangend, glaubte wieder einmal ein Spiel mit doppelten Rollen spielen zu müssen. Ihre im Kabinett vertretenen Minister stimmten geschlossen für die Gebührenerhöhung, die FDP-Bundestagsfraktion jedoch begab sich in die Rolle der "Opposition", wohl wissend, daß sie mit der Überweisung ihrer Anträge an die zuständigen Bundestagsausschüsse ein Begräbnis dritter Klasse herbeiführen würde.

Der Wähler wird dieses Spiel durchschauen. Wäre es der FDP wirklich ernst gewesen, den preistreibenden Beschluß der Bundesregierung rückgängig zu machen, hätte sie geschlossen für den sozialdemokratischen Antrag stimmen oder mindestens bei ihrem eigenen Antrag bleiben müssen, mit dem sie noch kurz vor Beginn der Sitzung die A u s s e t z u n g der Gebührenerhöhung bis zum 31. Dezember 1964 gefordert hatte.

Die schäbigste, traurigste, jedoch iam auf den Leib geschriebene Rolle fiel Franz Josef Strauß zu. Wie hatte dieser Mann hier in den letzten Tagen vor der Bundestagsitzung noch getönt, der Bundeskanzler selbst fiel sogar in seine Schußlinie und die Öffentlichkeit bekam den Eindruck, Strauß und seine Mannen würden den Mut haben, zu dem zu stehen, was sie lauthals verkündet hatten. Doch ehe der Hahn dreimal krächte, kroch diese "Opposition" innerhalb der Regierungsparteien zu Kreuze. Strauß liebt zwar die Schüsse aus dem Hinterhalt, doch offenen Feldschlachten weicht er aus. Es wäre ein wahres Unglück für unser Volk, käme dieser skrupellose Mann, der mit allen Mitteln nach vorn strebt, wieder in verantwortlichen Positionen zum Zuge. Er spricht anders, als er handelt.

Das letzte Jahr der Legislaturperiode des vierten Deutschen Bundestages offenbart eine Regierung, deren Aktivität sich nur noch in Negativen niederschlägt. Sie unterkühlt selbst den Boden, auf dem ihre Autorität ruht. Die Auseinandersetzung um die Gebührenerhöhung lieferte den klassischen Beweis dafür.

Ladenhüter als Bestseller

"Neues Deutschland" und die Abrüstung

sp - Das "Neue Deutschland" kann es nicht lassen, verstaubte Ladenhüter als politische Bestseller feilzubieten. Es versuchte jüngst, seinen Lesern klar zu machen, der DGB gebe "Unternehmern und Großverdienern" eine "offensichtliche Chance", die Verantwortung für Preissteigerungen abzuwälzen.

Das ist die alte Platte von den bösen Arbeiterführern in der Bundesrepublik, die die werktätige Bevölkerung dem Kapitalismus zum Fraße vorwerfen. In diesem Fall bezog sich der publizistische Papagei der SED auf die gemeinsame Feststellung von DGB und Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, daß das Emporschnellen der Preise zu mehr als 50 Prozent auf Maßnahmen der Bundesregierung und der sie stützenden Parteien zurückzuführen ist.

Die Untersuchungen von Experten beider Seiten gelten - wie könnte es auch anders sein - offenbar als "Verrat an der Arbeiterklasse." Dabei wären die Arbeiter in der sowjetisch besetzten Zone glücklich, wenn sie die Möglichkeit hätten, ihre Auffassungen von der Preispolitik des SED-Regimes äußern zu dürfen. Leider aber sind sie zum Schweigen verurteilt und können keine Hilfe von sogenannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund erwarten, weil dieser die Merkmale einer echten Gewerkschaft bekanntlich nicht aufweist.

Wenn schon vom FDGB keine gewerkschaftlichen Initiativen erwartet werden können, so bietet sich ihm doch die Möglichkeit, auf einem anderen Gebiet zu Ansehen zu gelangen.

Es stimmt, daß die Rüstung Riesensummen verschlingt. Diese Einsicht hat das "Neue Deutschland" zu der Behauptung bewogen, der DGB unterlasse es, die "eigentlichen Ursachen" für die Preissteigerungen zu nennen, indem er u.a. die Rüstung der Bundesrepublik unberücksichtigt lasse. Es braucht hier nicht weiter erläutert zu werden, daß die Gewerkschaften der Bundesrepublik einer weltweiten und wirksam kontrollierten Abrüstung gegenüber den jetzigen Zustand den Vorzug geben würden.

Vielleicht käme Bewegung in die Abrüstungsgespräche, wenn der FDGB in seinem Wirkungsbereich versuchen würde, das herabszusstellen, was er dem DGB als Unterlassungssünde ankündigt. Schließlich ist der Lebensstandard der mitteldeutschen Bevölkerung wesentlich niedriger als der unserer Bevölkerung in der Bundesrepublik. Die Gelder für die Finanzierung der Rüstung, die im Ostblock ungefähr denselben Prozentsatz ausmachen wie im Westen, könnten dann unseren Brüdern und Schwestern in Mitteldeutschland zugute kommen. Das SED-Regime könnte dabei sogar endlich einmal auf ein positives Echo hoffen.

Wenig Chancen für Frankreichs "Mitte"

"Sammlungsbewegungen" bisher ohne sichtbares Ergebnis
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Seit über einem Jahr bemühen sich die Parteien der französischen Mitte und der gemäßigten Rechten um einen Zusammenschluß, um eine Überwindung ihrer Zersplitterung. Sie wollen auf diese Weise das politische Leben Frankreichs "vereinfachen", das gefährliche exklusive Duell zwischen Gaullisten und einer kommunistisch beeinflussten "Volksfront" verhindern und einen gemeinsamen republikanischen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr aufstellen.

Bis jetzt sind alle diese Versuche gescheitert. Das "Comité der Demokraten", das seit April 1963 eine Annäherung zwischen den freisinnigen "Radikalen", den christdemokratischen "Volksrepublikanern" (MRP) und den rechtsunabhängigen "Gemäßigten" herbeiführen sollte, hatte keinen Erfolg. Die gemäßigten Mittel- und Rechtsparteien sind untereinander und auch innerlich uneinig.

Die Rechtsunabhängigen müssen mit dem gaullistischen Flügel in ihrer Partei rechnen, mit den "unabhängigen Republikanern", die in de Gaulles Regierung beispielsweise durch den Finanzminister Cocard d'Estaing vertreten sind. Sie können sich somit nicht auf einen anti-gaullistischen Kurs festlegen.

Die Volksrepublikaner (MRP) haben einen "linken" Flügel, der unter dem Einfluß der christlichen Gewerkschaften auf gute Beziehungen mit der Sozialistischen Partei (SFIO) drängt, während der rechte Flügel der MRP (Pflimlin, Schuman) keine systematische Opposition gegen das gaullistische Regime wünscht.

Von ähnlichen Widersprüchen sind auch die "Radikalen" (sie entsprechen ungefähr der FDP) heimgesucht und verzögern daher immer wieder die Bemühung um eine Sammlung der Mittelparteien.

Die Sozialisten (SFIO) beobachten die Tastversuche der Mittelparteien mit einiger Gleichgültigkeit und Skepsis. Ihr Interesse gilt vor allem der Neuentwicklung in der französischen Linken, insbesondere der Wiedervereinigung der sozialistisch-demokratischen Kräfte, die seit Beendigung des Algerienkrieges wieder zusammenrücken und sich auf die Ablösung des Gaullismus vorbereiten.

Genfer Abrüstungskonferenz in einem bedeutsamen Stadium

Tanzsichen um die MLP

Von Pierre Simonitsch, Genf

Mit der Diskussion über ein internationales Abkommen zur Nichtweitergabe von Atomwaffen ist die Genfer Abrüstungskonferenz in ein Stadium getreten, dessen Bedeutung von den Staatskanzleien nicht unterschätzt wird. Bekanntlich weigert sich die Sowjetunion, ein derartiges Abkommen - das in der sogenannten "Erischen Resolution" der UNO-Generalversammlung von 1961 vorgezeichnet ist - zu unterschreiben, solange die Westmächte nicht ihren Plan von einer multinationalen NATO-Flotte begraben. Laut Moskau erfüllt diese MLP den angeblichen Wunsch der "revanchistischen Kreise" der Bundesrepublik, auf indirekte Weise die A-Waffe in die Hand zu bekommen. Und diese MLP ist gerade jetzt - durch das Experiment "Biddle", in dem eine gemischte NATO-Mannschaft die Kampfkraft einer mit "Polaris"-Raketen bestückten Flotteneinheit theoretisch erproben soll - in den Mittelpunkt der westlichen Verteidigungsbemühungen gestellt.

Keine rechte Freude ...

Wenn man aus der bisherigen Haltung der verschiedenen NATO-Mitgliedstaaten Schlüsse ziehen kann, so muß man eingestehen, daß die Mehrzahl keine rechte Freude an dem Projekt hat. Italien, Norwegen, Belgien, Holland und Dänemark halten sich unauffällig im Hintergrund und die britische Regierung bezieht eine zweideutige Stellung. Ganz zuschwoigen von de Gaulle, der das Heil der Welt in der Aufstellung seiner eigenen "Force de frappe" sieht. Die Bundesregierung dagegen läßt nicht mit der MLP spassen: Anfang Juli traf Staatssekretär Carstens zu einem vertraulichen Blitzbesuch in Genf ein und versuchte die ägyptische und schwedische Delegation an der Abrüstungskonferenz von deutschen Standpunkt zu überzeugen. Dazu muß erwähnt werden, daß einige Tage vorher die Vereinigte Arabische Republik der Konferenz eine Kompromißlösung unterbreitete, die Westmächte möchten auf die MLP verzichten und die Oststaaten als Gegenleistung den amerikanischen Vorschlag auf ein "Einfrieren der atomaren Rüstung auf ihren gegenwärtigen Stand (d.h. der amerikanischen Überlegenheit) annehmen.

Sprengvorstoß der britischen Delegation

In dieser konfuse Situation konnte die sowjetische Diplomatie mit einiger Hoffnung auf Erfolg das Zustandekommen eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen vom Falllassen der MLP abhängig zu machen. Sie wurde dabei durch die britische Delegation insofern bestärkt, als diese bei jeder Gelegenheit betonte, daß die Regierung Ihrer Majestät noch keinen Beschluß bezüglich der MLP

getroffen hat. Die Briten schlugen in Genf den Ton an, der offensichtlich eine Kompromisslösung vorbereiten sollte und suggerierten den Russen ein, jetzt einen Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen abzuschließen, da ein solches Abkommen selbst bei der eventuellen Aufstellung einer multinationalen NATO-Streitmacht deren Form entscheidend beeinflussen würde. Mit anderen Worten: London würde garantieren, daß die Bundeswehr keinerlei effektive Kontrolle über die von ihr bedienten Raketen erlangt. Der sowjetische Vize-aussenminister Scharin erklärte sich in der Sitzung vom 2. Juli in einem nicht der Presse übergebenen Teil seiner Rede tatsächlich bereit, auf dieser Basis in nähere Verhandlungen einzutreten.

Am 23. Juli stand das Thema auf Verlangen der Westmächte wieder auf der Tagesordnung. London hatte den Unterstaatssekretär Peter Thomas speziell zu dieser Sitzung nach Genf beordert, der Moskau deutliche Versprechungen in der bereits angedeuteten Richtung eines Kompromisses machte: "Unsere eventuelle Entscheidung (bezüglich der NLF) hängt von einer Anzahl Faktoren ab, nicht zuletzt von der Form des Vorschlags nach Abschluß der Verhandlungen ...". "Der beste Weg ist, jetzt ein Nichtweitergabe-Abkommen abzuschließen. Dies würde garantieren, daß jedwede von den Westmächten geschaffene multilaterale Streitmacht im Einklang mit dem Abkommen stünde ...". "Wir sind fest entschlossen, daß eine NLF die Grundbestimmungen eines Nichtweitergabe-Abkommens nicht verletzen dürfe ...".

Die Türen bleiben offen

Aber diesmal stellte sich die Sowjetdelegation den britischen Argumenten gegenüber taub. In einem unerwartet scharfen Wortwechsel mit Thomas gab Scharin zu verstehen, daß er an der Ehrlichkeit der britischen Versprechungen zweifle. Die Russen vermuten ohne Zweifel hinter dem Allgöngang der britischen Delegation bezüglich der NLF eine Verhandlungstaktik der Westmächte, die während der Besprechungen der Delegationschaft vor der jetzigen Ab-rüstungsphase in Washington ausgearbeitet worden sein soll, um schließlich den gewünschten Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen und technischen Kenntnissen und die NLF unter einem Hut zu bekommen.

Die Sowjetdelegation hütet sich allerdings, die Türen zuzurufen und erklärte sich bereit, auch noch weiterhin über die Nichtweitergabe zu diskutieren. Die Russen wissen genau, daß sie die NLF nicht verhindern können und aus diesem Grunde besser daran tun, weiter zu verhandeln. In dieser Hinsicht kommt dem Besuch des britischen Außenministers Butler in der sowjetischen Hauptstadt größte Bedeutung zu.